

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei anderen Postorten monatlich 4.60 M., bei Zustellung unter Freischuh für Deutschland 6.50 M., für Ausland 1.20 M., per Post 12.80 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Max Nothen 2393 und 2394.

Interessenten können die „Freiheit“ durch den Postweg oder durch den Briefkasten des Verlegers erhalten. Bei Fernbestellungen ist der Postnachweis zu erbringen. Die Anzeigenpreise sind für den darauffolgenden Tag. Die Anzeigenpreise sind für den darauffolgenden Tag.

Druckerei: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Max Nothen 2393

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalstreit der Metallarbeiter.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-Industrie Groß-Berlins!

Die materiellen Forderungen der streikenden Berliner Kollegen haben durch den Schiedsspruch, der am 4. November 1919 im Reichsarbeitsamt verkündet wird, ihre Erfüllung gefunden. Die Arbeit könnte wieder aufgenommen werden, wenn das reaktionäre Unternehmertum der Berliner Metallindustriellen nicht noch im letzten Minute versuchen würde, die Berliner Arbeiterschaft um ihre Grundrechte zu bringen. Die während des Streiks vorgenommenen Aussperrungen werden als Entlassungen bezeichnet. Die auf diese Weise vorgenommenen Aussperrungen, bzw. Entlassungen, sollen es ermöglichen, daß die Vertretungen der Arbeiterschaft bei der Wiederaufnahme der Arbeit ausgeschlossen werden. Das wollen und können sich die Berliner Metallarbeiter nicht gefallen lassen. Die am Sonntag, den 2. und Montag, den 3. November, tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungssitz Berlin, hat beschlossen, den Streikenden ihre Unterstützung zu gewähren.

Die Generalversammlung fordert alle Metallarbeiter Groß-Berlins auf, zur Solidarität die Arbeit ruhen zu lassen.

Es wird von allen Berliner Metallarbeitern, soweit sich dieselben noch in Arbeit befinden, erwartet, daß sie diesem Ruf zur Solidarität unverzüglich Folge leisten. Wir erwarten von allen Kollegen, die bisher noch in Arbeit standen, daß sie die materiellen Forderungen, die dieser Aufruf mit sich bringt, im Interesse der Berliner Metallarbeiterbewegung zur Unterstützung der Streikenden bringen.

Kollegen! Kolleginnen!

Der von uns geführte Kampf um die Rechte der Arbeiter in den Betrieben ist auch Euer Kampf. Wir erwarten fest, daß auch der letzte Kollege dem Ruf der Generalversammlung Folge leistet, um den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen.

Die 1. Kommission. Das Metall-Rostell.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

Regierungsmassnahmen. Gerichtliche Verfolgung der Streikführer.

H. N. New York, 3. November.

Die Regierung hat die Verwaltung aller Steinkohlenfelder in Amerika auf sich genommen. Auch Schieferungen mit Steinkohle, die für den Ausland bestimmt waren, wurden zurückgehalten. Die Erzeugungsbetriebe, sowie die Gewinne für die Großhändler und Detailisten wurden festgesetzt. Damit kein Preiswucher getrieben werden kann. Die Zahl der Streikenden wird von Arbeitseinsatz auf 435 000 eingeschätzt. Dies wird von den Mine-Besitzern nicht in Abrede gestellt. Man nimmt an, daß außerhalb der organisierten Minearbeiter noch etwa 150 000 Nichtorganisierte sich dem Streik anschließen werden. In Regierungskreisen meint man, daß der Streik etwa 80 Tage dauern wird, falls es nicht gelingt, ihn auf schiedsgerichtlichen Wege zu beenden. Obwohl die Haltung der Regierung, die die Streikführer gerichtlich verfolgt, den Kampf noch erhitzen mag, liegen Angaben dafür vor, daß das Auftreten der Regierung guten Erfolg gehabt hat, weil die Streikführer dadurch nicht imstande sind, die Führung weiter zu übernehmen, so daß der Streik tatsächlich ohne Führung ist. Bisher ist es von großer Bedeutung, daß die Streikliste, welche etwa 15 Millionen Dollar enthält, nicht zur Unterstützung an die Streikenden zur Verfügung geht, weil der Streik als gesetzwidrig betrachtet wird.

Wie aus der vorstehenden Meldung und auch aus anderen Quellen hervorgeht, geht die amerikanische Regierung mit brutaler Gewalt gegen die Streikbewegung der Berg-

arbeiter vor. Die Führer der Gewerkschaften dürfen weder schriftlich noch mündlich Befehle zur Unterstützung des Steinkohlenstreiks erteilen. Sie müssen weiter alle Befehle bezüglich des Streikbeginns rückgängig machen und sie dürfen keine weiteren Handlungen, die den Streik fördern könnten, unternehmen. Sie dürfen auch keine Streikunterstützungen ausbilden oder Streikkassen bilden. Die Führer der Gewerkschaften werden einer Verhöhnung zur Herabsetzung der Erzeugung und zur Rahmung des Eisenbahnverkehrs beschuldigt, indem sie den Eisenbahnen die Kohlen vorenthalten.

Die Bergarbeiter erklären, daß ihre Forderungen weit hinter denen der Eisenbahn- und Metallarbeiter zurückbleiben. Die Grubenbesitzer weigern sich, mit den Streikenden zu verhandeln, weil diese die Arbeit während der Unterhandlungen nicht aufnehmen wollen.

Amsterdam, 2. November.

„Times“ meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung 52 Regimenter Infanterie, 28 Regimenter Feldartillerie, 4 Regimenter Kavallerie und 20 Maschinengewehrbataillone für die Bewachung der Bergwerke zur Verfügung gestellt hat. Es wird ein Streik der Eisenbahnarbeiter befürchtet.

Unabhängiger Wahltag im Bergischen Lande.

T. U. Gillingen, 2. November.

Bei den gestrigen Stabsversammlungen im bergischen Kreis hatten die Unabhängigen einen unbestrittenen Sieg zu verzeichnen. In Opladen, Wald und Graefrath ist ihre Mehrheit sogar sehr erheblich. Die Unabhängigen erhielten zusammen mit den Reichssozialisten über drei Viertel sämtlicher Sitze.

Wahlerfolge der englischen Arbeiterpartei.

Amsterdam, 3. November.

Wie das Reutersche Bureau aus London meldet, gewinnt die Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen in London und in der Provinz (außer an Epsom). In mehreren Londoner Bezirken wird die Arbeiterpartei über eine große Mehrheit verfügen.

Amsterdam, 2. November.

„Daily Mail“ meldet, daß bei den Londoner Gemeindevahlen bereits 35 Frauen gewählt sind. In den Wahlen in der Provinz hat die Arbeiterpartei bereits 170 Sitze errungen.

Die Gewerkschaftsinternationale an die Gewerkschaften Rußlands.

Genag, 6. November.

„Le Nouveau Courant“ hat der internationalen Gewerkschaftsunion an die Gewerkschaftszentralen in Petersburg, Moskau und Obeffa am 24. Oktober ein Schreiben gerichtet, in dem er um Beistand über die russische Gewerkschaftsbewegung bittet. In dem Schreiben heißt es: Dies wird der erste Schritt zur internationalen Zusammenarbeit der russischen Arbeiter mit den Kameraden der anderen Länder sein. Inoffiziell versprechen wir Euch die Unterstützung von 18 Millionen an unseren internationalen Bund angegliederten Arbeiter.

Strafantrag gegen die „Deutsche Zeitung“.

Berlin, 3. November.

Der Reichspräsident und die Mitglieder der Reichsregierung haben gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“ Dr. Bühl, wegen des Aufsatzes „Die lange Nacht“ in der Nummer 488 vom 25. Oktober Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Der Beschluß des Reichstags ist aus Gründen des öffentlichen Interesses und wegen der Schwere der Verleumdung bereits in der Sitzung vom 27. Oktober gefaßt worden.

Das Befinden des Genossen Haase.

Genoss Haase verbrachte den gestrigen Tag fast vollständig schlafend. Das Fieber betrug abends 37 Grad. Eine objektive Besserung des Zustandes ist nicht eingetreten.

Hinter das zaristische Rußland!

Vor einiger Zeit wurde von den militärischen Befehlshabern in Oberösterreich eine Verordnung erlassen, deren § 1 folgenden Wortlaut hat:

„Das Ausmaß und die Art der Strafen, welche geeignet sind, die Bevölkerung zu demoralisieren, wird verboten. Strafe ist Haft oder Gefängnis.“

Wir würden eine solche Verordnung nicht für möglich gehalten haben, wenn der Wortlaut dieses Paragraphen nicht in einer Beschwärde eingeklagt wäre, die von einem oberösterreichischen Notar an die Parlamente, an den Reichspräsidenten und an einige leitende Minister förmlich abgelehrt worden ist. Die Glaubwürdigkeit dieser Beschwärde wird noch bestätigt dadurch, daß auch bei der Verhängung der verfassungswidrigen Ausnahmestände über die Bezirke Kreiz-Schleusingen, Landkreis Othrauf und Stadt Jella-Mehlis eine ähnliche Strafandrohung erlassen worden wäre. In einem öffentlich angeschlagenen Verordnungsblatt datiert Berlin, den 21. Oktober 1919, unterzeichnet vom Reichspräsidenten Ebert und Reichswehrminister Noske, hat der § 4 folgenden Wortlaut:

„Wer den im Interesse der Menschheit... Anordnungen des Reichspräsidenten oder der... hat, wird bestraft, wenn er sich... Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.“

Mit einer ähnlichen Bestimmung schließt die „Verordnung Nr. 2“, die für diesen Bezirk von Ebert am 27. Oktober aus dem Obersten Kommando veröffentlicht worden ist. Die Bestimmung lautet:

„Allen Zusammenhörungen gegen die Anordnungen zu § 4... Strafe bestimmen, mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft.“

Man beachte zunächst, daß eine Strafverhängung überhaupt nicht festgesetzt ist. Nur wer Geld entrichtet kann, der wird bis zu einem Betrage von 15 000 Mark freigesprochen. Wer aber darüber verfügt, welche Höhe die Gefängnisstrafen erreichen sollen, das erfährt man überhaupt nicht. In Oberösterreich hat man immerhin summarisch eine Gefängnisstrafe von einem Jahre für die Verhängung von Verurteilungen vorgegeben; hier kann sie von irgendeinem Militärbefehlshaber bis auf Lebenszeit ausgedehnt werden.

Die Sache steht nun so: Unter dem früheren Belagerungszustandgesetz wurde eine Weimarer Reichsverfassung dadurch geschaffen, daß man die des Verstoßes gegen irgendwelche Anordnungen der Militärbefehlshaber beschuldigten Personen vor ein Stand- oder Militärgericht lud und sie dort in den vorher bekanntgegebenen Strafrahmen aburteilte. Das war immerhin noch ein formal gesetzmäßiger Zustand, wenn auch ein Zustand des Ausnahmezustandes.

Im republikanischen Deutschland, in dem Lande der vollendeten Demokratie, sind aber auch die Grundzüge, die sich noch mit einem Schein der Gesetzmäßigkeit und des Rechts umgeben, ausgehebt worden. Nunmehr herrscht die reine, die unerbüllte Willkür. Die Militärbefehlshaber, angefangen vom Reichswehrminister und endend bei dem letzten Sanitätsdienstreiter, bestimmen selbstherrlich über Leben und Tod der Staatsbürger. Sie dürfen ohne Verhandlungen, ohne Urteilsbuch — wie in Berlin, München und an vielen anderen Orten — jeden niederknallen, bei dem sie es für annehmbar finden, sie dürfen — wie jetzt in Oberösterreich und Thüringen — ganz aus eigenem Ermessen bestimmen, auf wie lange Zeit jemand der Freiheit beraubt werden soll.

Wie weit diese Willkürherrschafft reicht, das ergibt sich aus Nr. 9 und 10 der von uns erwähnten Bekanntmachung Nr. 2, des Obersten Kommando. Sie lauten folgendermaßen:

Nr. 9. Versammlungen von mehr als 5 Personen sind verboten.
Nr. 10. Ich verbiete den Druck und Vertrieb kommunistischer und sozialistischer Zeitungen, Schriften usw. sowie in Zeitungen, Flugdrucken, Handzetteln oder auf

Irgendeine Zeit sonst zu Gewalttätigkeiten oder Streiks auszuführen, die das Wirtschaftsleben gefährden können."

Mit einem Federstrich also macht irgendein Oberst das Koalitions- und das Streikrecht der Arbeiter zunichte. Mit einem Federstrich wird gegen die Arbeiter die Zwangsarbeit verlängert. Wer sich nicht vordrücken lassen will, auf welche Art er über seine Arbeitskraft verfügen will, der wird einfach ins Gefängnis gesteckt und wenn es noch dem Herrn Obersten geht, so kann seine Dast, da es ja keine Begrenzung gibt, bis an sein göttliches Ende dauern.

Wir fragen nunmehr öffentlich bei dem Reichspräsidenten und bei der Regierung an, wann sie endlich damit beginnen wollen, die von ihnen beschworene Verfassung selbst zu befolgen! Der Reichspräsident hat nach der Verfassung zwar das Recht, eine Anzahl ihrer Artikel außer Kraft zu setzen und sich bei den daraus folgenden Maßnahmen militärischer Hilfe zu bedienen. Aber nirgends in der Verfassung ist den militärischen Befehlshabern das Recht verliehen worden, die normale Justizpflege außer Kraft zu setzen und ganz nach eigenem Belieben über die Freiheit der Staatsbürger zu verfügen.

Wir fragen ferner an, wie der Reichspräsident es verantworten will, daß er seine Pflicht, der Nationalversammlung unverzüglich von dem auf Grund des Artikels 48 der Verfassung getroffenen Maßnahmen Kenntnis zu geben, in diesem Falle nicht erfüllt hat. Am 1. November haben wir durch die „P. P. N.“ erfahren, daß der Reichspräsident unverzüglich, nachdem vom Reichswehrminister die Meldung erfolgte, daß das Erforderliche veranlaßt worden sei, der Nationalversammlung die nach der Verfassung erforderlichen Mitteilungen gemacht habe. Wir stellen hiermit fest, daß das nicht wahr ist. Schon am 21. Oktober haben Reichspräsident und Reichswehrminister nach einer öffentlich angelegenen Bekanntmachung den Ausnahmezustand verkündet. Am 30. Oktober, also volle zehn Tage nachher, ist die Nationalversammlung in die Ferien gegangen, ohne daß in ihr von der angeblichen Vordrängung des Reichspräsidenten etwas mitgeteilt worden ist.

Das sind die Tatsachen. Wir erkennen aus ihnen, daß wir heute noch hinter dem Zustand gekommen sind, in dem sich das zaristische Rußland in den Zeiten der wüsten Reaktion befand.

Die Maßnahmen gegen die baltischen Werber.

Von zuständiger Seite wird den „P. P. N.“ mitgeteilt:

Die tatsächlichen Angaben, die in dem Aufsatz der „Freiheit“ „Die russischen Verführer“ Nr. 625 vom 20. 10. 19 enthalten sind, sind sofort einer Nachprüfung unterzogen worden.

Die angegebene Wohnung des Rittmeisters von Gärshemann, der, wie schon mitgeteilt wurde, Russe ist, wurde durchsucht. Es wurden einige Christstübe, Pässe usw. gefunden und beschlagnahmt, deren Namen auf Personen, die dort gewohnt haben, hinweisen. Nach Angaben der Hausbewohner hat sich eine Werbestelle in der Wohnung nicht befunden.

Zu dem Fall des Hauptmanns Boensgen ist zu bemerken, daß dieser Herr, dessen Detachement in Kurland steht, mit seinem Begleiter Leutnant Jeska sich seit längerer Zeit in Berlin aufgehalten und hier in verschiedenen Hotels gewohnt hat. Seine jetzige Wohnung ist unbekannt. Hauptmann Boensgen hat, als die Werbungen für das Borkikum nicht verboden waren, geworden. Dafür, daß er auch nach dem Zeitpunkt des Verbots geworden oder Material nach dem Borkikum gebracht haben soll, liegen Meldungen und Beweise nicht vor. Die Angabe, daß sich das Bureau des Hauptmanns Boensgen in Berlin W., Holtenauer Straße 2 in der Wohnung des Generalassistenten Abel befindet, ist unzutreffend. Die sofort angestellten Nachforschungen haben keinerlei Anhaltspunkte über diese Angaben ergeben.

Daß in Döberitz eine Werbestelle des Detachements von Schaurth besetzt, hat sich bestätigt. Die weitere Tätigkeit dieser Werbestelle ist jedoch auf alle Fälle unterbunden.

Über die Werbestelle in Neu-Ruppin sind Feststellungen beantragt, deren Ergebnis jedoch noch nicht vorliegt.

Im Hotel „Adlonischer Hof“, Friedrichstr. 129, wurde schon zwei Tage vor dem Erscheinen des Aufsatzes in der „Freiheit“ eine Durchsuchung vorgenommen. Dabei wurde ein Mann verhaftet, der sich Leutnant von Notha nannte, der dort aber als Wäcker Willi Wallbach ermittelt wurde. Er wurde wegen Betruges und Schwindels der Staatsanwaltschaft I überwiesen. Er hat Verbindungen mit den Russen nur um persönlichen Vorteilen willen aufgenommen. Geworben hat er nicht, sondern nur den Leuten, die zu ihm kamen, mitgeteilt, wie sie es anzustellen hätten, um über die Grenze zu gelangen.

Zu dem gleichen Artikel der „Freiheit“ wird ferner mitgeteilt: In den Zeiten befindet sich ein russisches Komitee, das geleitet wird vom früheren Bolschewisten in Berlin und Darmstadt Iwanow sowie von dem früheren Generalkonsul von Gannu. Dieses Komitee betätigt sich in der Fürsorge für russische Notleidende. Es gibt auch Bescheinigungen für solche russischen Staatsangehörigen aus, die als Unterlage gelten für Personalausweise, die das Polizeipräsidium ausgibt.

In der Ullandstraße 166 befindet sich eine Organisation, die sich zwar irreführenderweise „Russische Militärmission“ nennt, die aber lediglich Angelegenheiten des russischen Roten Kreuzes, Kriegsgefangenen- und Märschanderfragen, erledigt. Diese steht unter der Leitung des Obersten von Brandt. Beide Organisationen haben mit Politik und mit den Vorgängen im Borkikum nicht das geringste zu tun.

Diese Darstellung bekräftigt unsere Angaben in den wesentlichsten Punkten. Wenn in den Werbestellen der russischen Gegenrevolutionäre nicht genügend belastendes Material gefunden wurde, so beweist das nur, daß die Agenten vorlässiger geworden sind. Die in den Zeiten unterbrochene russische Zivilregierung, die Militärmission in der Ullandstraße und das Werbebureau des Rittmeisters Gärshemann sind ein und dieselbe Organisation. Sie haben sich nachweislich gegenseitig in die Hände gearbeitet, und ihre Tätigkeit ist keineswegs so harmlos, wie sie die Regierung jetzt hinstellen möchte. Die Herrschaften werden sich nur freuen, wenn sie bei den deutschen zuständigen Stellen auf soviel leichtgläubigkeit stoßen, ja, sie werden bei soviel liebevoller Nachsicht sogar ermuntert, mit verdoppelter Energie an die Durchführung ihrer Pläne heranzugehen.

Was den Fall des Hauptmanns Boensgen betrifft, so haben wir nicht bekannt, daß sich dieser direkt mit

Verwendungen befaßt, sondern in vielmehr als den Kommandeur und Organisator des Materialnachschubs für die in Kurland kämpfenden deutsch-russischen Truppen bezeichnet. Wenn man dem Herrn nicht habhaft geworden ist, so wird er eben, wie schon so oft, sein Tätigkeitsfeld rechtzeitig verlegt haben, um sich ungestört seinen Schiebungen hingelassen zu können. Und daß diese nach wie vor mit Hochdruck betrieben werden, geht aus einer Nachricht aus Frankfurt a. O. hervor, wo eine ganze Anzahl von Munition im Werte von etwa 20 Millionen Mark beschlagnahmt wurde. Die wertvolle Sendung sollte nach Stettin gehen und von dort auf dem Seewege nach Rußland gebracht werden.

Daß die amtlichen Stellen das Bestehen der Werbestelle des Detachements Schaurth in Döberitz jetzt endlich zugeben müssen, wiegt um so schwerer, als dieser Truppenteil zur Reichswehr gehört. Wir haben auf seine Wirksamkeit schon seit Monaten hingewiesen und können nun endlich einen Erfolg unserer Kritik buchen. Ebenso ist das Ausheben des Werbestellen in der Friedrichstraße auf unser Verlangen durchgeführt worden, da wir eine Berliner militärische Behörde auf das Treiben dieses Werbestellen aufmerksam gemacht hatten, noch bevor unser Artikel erschien. Es ist aber nichts weiter als eine grobe Verschleierung, wenn jetzt behauptet wird, daß der betreffende „Leutnant“ keine Soldaten angeworben hätte, denn wir können Zeugen dafür namhaft machen, daß das Werbestellen nicht nur deutsche Soldaten angeworben, sondern auch Pferdetransporte nach Kurland verschoben hat.

Da das baltische Abenteuer noch lange nicht erledigt ist und der Regierung noch vielerlei Schwierigkeiten machen wird, möchten wir ihr den guten Rat geben, etwas gründlicher zu arbeiten. Sie wird dann vor neuen Ueberraschungen um so besser geschützt sein.

Wie Noske den 9. November feiert.

Wie die „P. P. N.“ mitteilen, wird das Oberkommando eine Verordnung erlassen, bezugnehmend für den 9. November als den Jahrestag der Revolution die Nummernpflicht für alle Versammlungen aufgehoben werden wird. Wer also diesen Tag feierlich begehen will, kann dies in Volaten und Sälen ungehindert tun. Über die Genehmigung der Versammlungen unter freiem Himmel wird sich der Polizeipräsident mit den in Frage kommenden Parteien in Verbindung setzen. Versammlungen, die an der Peripherie Berlins stattfinden sollen, werden genehmigt werden, dagegen werden Versammlungen unter freiem Himmel im Zentrum der Stadt aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht gestattet werden können. Der Reichswehrminister wird dafür Sorge tragen, daß sich am 9. November keine bewaffneten Truppenausgehende auf den Straßen zeigen.

Was den 7. November anbetrifft, der von den Bolschewisten der Moskauer Sowjetregierung als besonderer Weltfeiertag im Anspruch genommen zu werden scheint, so sei ausdrücklich bemerkt, daß für diesen Tag die Anwesenheit der Versammlungen im vollen Umfange besteht, und ebenso alle Verordnungen, die infolge des Belagerungszustandes erlassen worden sind, voll in Kraft bleiben.

Noske begeht also die Wiederkehr des Tages der Freiheit, des einzigen Tages, an dem das deutsche Volk wirklich frei atmete, dadurch, daß er dem Volke das ganze Maß von Unfreiheit, in die es dank der Auslieferung der revolutionären Errungenschaften an die Bourgeoisie durch den Verrat der Rechtssozialisten wieder versunken ist, demonstrativ vor Augen führt. Der Tag, an dem der Belagerungszustand fiel, wird feierlich begangen durch Verfügungen, die sich auf den verfassungswidrigen Belagerungszustand stützen. Die kleinen Abkündigungen, die Noske an der Strenge des Belagerungszustandes gnädigst vorzunehmen gedenkt, machen das Unwürdige des ganzen Zustandes nur noch klarer. Das schmachvolle Kommandieren und Reglementieren kennzeichnet die Situation und den Geist, in dem die um Noske des Tages gedenken. Wir haben nichts anderes erwartet.

Deutsch-österreichischer Parteitag.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Wien, 8. November.

Über die Internationale referiert Friedrich Adler. In der theoretischen Fundierung der proletarischen Bewegung sind wir eines Sinnes mit den kommunistischen Parteien, aber der Unterschied beginnt sofort in dem Moment, wo zu entscheiden ist, was in einer gegebenen Situation das Interesse der Gesamtbewegung erfordert. Adler gibt einen Abriß des Schicksals der Internationale, insbesondere im Kriege. Die zweite Internationale hat in breiten Massen des Proletariats aller Länder sehr erhebliche Ansehen verloren durch den Schiffbruch, den sie erlitten, und eine ganze Gruppe von Parteien lenkt nun ihre Hauptaugenmerk darauf, diese zweite Internationale zu verlassen, und es ist nicht das Entscheidende für sie, in die dritte Internationale einzutreten, um für den Bolschewismus zu demonstrieren, sondern um gegen die zweite zu demonstrieren.

Wie haben uns aber, wenn wir zu diesen Fragen Stellung zu nehmen haben, Klar zu machen, daß das Problem nur mit aller Vorsicht und Behutsamkeit angefaßt werden darf, daß wir nicht wie im Jahre 1914 Fehler machen dürfen. Wir haben uns Klar zu machen, daß die großen Massen des Proletariats noch in jenen Ländern leben, die industriereich sind und die noch immer in der zweiten Internationale stehen. Es wäre deshalb sehr wichtig, den einen oder den anderen dieser beiden Versuche einer Neubildung der Internationale direkt zurückzuführen. Was als unsere Aufgabe erscheint, ist nicht eine Spaltung und Teilung der Internationale herbeizuführen, sondern die Einheit der Internationale zu bewahren, die wahrhaftig die Arbeiter aller Länder vereinigt. Wir wollen einen Weg einschlagen, der für die Zukunft die Internationale möglichst machen soll.

Es gibt viele unter uns, die sagen, daß, wenn zwischen den beiden Internationalen gewählt werden muß, so wäre es besser, der Dritten anzugehören. Ich halte einen derartigen Schritt für uns nicht möglich, denn so sehr wir alle, wenn wir uns die ganze historische Situation überdenken, in wahrer Bewunderung nach Rußland sehen müssen, so lehrt uns die alte primitive marxistische Erwägung, daß der Sozialismus seinen Sieg erstreben muß in jenen Ländern, wo die Industrie ihren Hauptsitz hat, und das sind die westlichen Länder, besonders England, deren Proletariat in der zweiten Internationale steht.

wirger muß sich die Parteistellung freie Hand bewahren. Der Wiederaufbau der internationalen Organisation erfordert harte Arbeit und große Geduld. Keine der beiden jetzigen Versuche internationaler Organisation, weder der Brüsseler noch der Moskauer kann und beabsichtigt. Wir erheben die Einheit der Internationale, die die Proletarier aller Länder in einer einheitlichen Organisation zusammenfassen soll. Sie darf aber nicht nur eine der Form, sondern muß auch eine der Grundzüge sein. Daher bedarf es der reiflichen Klärung der Ursachen, die das internationale Zusammenwirken im Kriege verhindert hat und die Uebereinstimmung in den Grundfragen über die Möglichkeit eines internationalen Zusammenwirkens aller sozialistischen Parteien. Die Internationale muß erarbeitet werden. Der Klärungsprozess in den einzelnen Ländern muß vorwärtsarbeiten. Daher ruft der Parteitag vor allem übereilten Schritten auf internationalem Gebiet und beauftragt ihn, an das Brüsseler Bureau das Ersuchen zu richten, den Genfer Kongress um mindestens ein halbes Jahr zu verschieben.

Die Vorschläge Adlers werden vom Parteitag angenommen.

Wien, 8. November. (Korr.-Bureau.)

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag berichtigte Staatskanzler Renner über die Verfassungsfrage. Er betonte, die Verfassungsreform müsse mit einer Neuordnung der Verwaltung verbunden sein. Der Staatskanzler erwähnte die Koalitionsvereinbarungen, durch die die Parteien sich wenigstens in den Grundzügen gebunden hätten und verwies darauf, daß in dem Ausschuss, der die Vorlage behandeln werde, auch die Vertreter der Länder als Sachverständige ihr Gutachten abgeben werden. Die Verfassung werde eine demokratische sein und die öffentliche Gewalt werde auf dem Volkswillen beruhen. Der Staatskanzler erläuterte die Vereinbarungen der Koalition auf dem Gebiete von Verfassung und Verwaltung und erklärte unter lebhaftem Beifall, daß die Einheit des Wirtschaftsgebietes und der Sozialgesetzgebung eine unerlässliche Voraussetzung für die Annahme der Verfassung sei.

Über das wirtschaftliche und soziale Aktionsprogramm berichtigte Dr. Otto Bauer. Einleitend führte er aus, daß Österreich unter den heutigen Verhältnissen, den Sozialismus nicht vollziehen könne. Das Aktionsprogramm bezieht sich auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen Produktion und Verbrauch, auf die Förderung der österreichischen Produktion, die Betriebsräte seien in enger Verbindung mit den Gewerkschaften zu bilden. Die Finanzreform ist sofort in Angriff zu nehmen auf Grund einer großen einmaligen Vermögensabgabe. Gold, Juwelen und ausländische Wertpapiere sind vom Staate einzufordern und ebenso wie Gratifikationen, Synthesen-Pfandbriefe zur Fundierung des ausländischen Kredits zu verwerthen.

Das Aktionsprogramm fordert weiter Abbau der zentralen Verwaltung unter bestimmten Voraussetzungen, die Entwicklung neuer Industriezweige mit gemeinwirtschaftlichem Charakter sei zu unterstützen.

Die Leiden der Kriegsgefangenen.

Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschagentur hat das Internationale Rote-Kreuz-Komitee die schlimmsten Nachrichten über die Lage der Gefangenen in gewissen polnischen und rumänischen Lagern erhalten. In West-Potosi wurden die vier Gefangenenlager, welche im März 1910 6000 Mann, meist Ukrainer, beherbergten, von zwei Deserteuren des Internationalen Roten-Kreuz-Komitees in Begleitung eines Sanitätsmajors der französischen Militärmission besucht. Am 11. Oktober befanden sich in den Lagern nur noch 4000 Mann. Anfang August starben bis 180 Gefangene täglich. Diese Lager waren eine wahre Totenkamp. Die Verluste wurden verursacht hauptsächlich durch Ruhr, Typhus und ungenügende Ernährung. Die Überlebenden sind in Lumpen gekleidet und ungenügend ernährt. Sie schlafen auf Holzdielen ohne Strohdaken und Decken. Die Berichte über die rumänischen Lager von Arad, Bundeni und Tzigled sind, obwohl sie keine so erschreckende Sterblichkeit aufweisen, ebenfalls sehr betrübend. In Arad befinden sich 780 Ungarn, zumeist Offiziere. Die rumänischen Behörden haben die ungewissen Bewohner der Stadt Arad genötigt, selbst für den Unterhalt der Gefangenen aufzukommen in Widerspruch zu den internationalen Vereinbarungen, welche die Sorge hierfür den Gefangenen haltenden Staaten auferlegen. Der Stadt Arad ist es unmöglich, die notwendigen Lebensmittel und Gelder zu beschaffen. Als Unterkunft dienen kalte, dunkle Keller, nämlich die Kasernen der früheren Habsburger ohne Glasfenster und Heizung. Das Internationale Rote-Kreuz-Komitee hat die polnische und die rumänische Regierung beschworen, die Lage dieser Gefangenen zu verbessern und ihnen womöglich die Freiheit zurückzugeben.

Ein industrieller Gerichtshof in England.

H. N. London, 8. November.

„Daily Telegraph“ meldet, daß die Regierung die Bildung eines obersten Gerichtshofes für Arbeiterangelegenheiten geplant hat. Heute wird der Arbeitsminister im Unterhaus eine diesbezügliche Gesetzesvorlage einreichen. Vorher hat die Regierung mit den Führern der Gewerkschaften sich darüber beraten. Die Hauptlinien der neuen Gesetzesvorlage betreffen Maßnahmen, nach denen die jetzt bestehenden Ämner bis Ende 1920 in Gültigkeit bleiben sollen. Die Gründung des industriellen Gerichtshofes bezweckt die Lösung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Konflikte, und zwar durch Vermittlung des Gerichtshofes. Der Gerichtshof wird ferner die Ursachen der Konflikte prüfen. Dazu erhält er das Recht, Zeugen einzuladen und andere Untersuchungen vorzunehmen. Die Führer der Gewerkschaften halten gegen die Verpflichtung opponiert, daß die Urteile des Gerichtshofes für beide Parteien bindend sein sollen. Darum sind diese Verpflichtungen in der Gesetzesvorlage nicht enthalten.

Die Schweiz zur Rußlandblockade.

Bern, 8. November. (Schweizerische Depesch-Agentur.)

In Antwortung der Note seit die Blockade gegen Sowjetrußland hat der Bundesrat Clemencet mitteilen lassen, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen vollständig mit dem tatsächlich bestehenden Zustand zwischen Rußland und der Schweiz übereinstimmen.

Der Streik in der Metallindustrie.

Wie aus dem Aufruf auf der ersten Seite hervorgeht, wird von allen Metallarbeitern verlangt, die Arbeit einzustellen. Wir erklären den Herren Arbeitgebern, die mit uns im Tarif- oder Vertragsverhältnis stehen, daß sich der in der Generalversammlung beschlossene Sympathiestreik nicht gegen sie richtet, sondern die Verantwortung für den von uns beschlossenen Schritt trägt der Verband Berliner Metallindustrieller.

Kollegen lebenswichtiger Betriebe!

Entbunden von der Streikpflicht sind lediglich die lebenswichtigen Betriebe. Entstehen in einzelnen Betrieben Zweifel darüber, ob der Betrieb als lebenswichtig in Frage kommt, so eruchen wir die Kollegen, die Entscheidung der Fünfköner-Kommission herbeizuführen. Die Fünfköner-Kommission tagt am 4. November von 12 Uhr mittags an im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83-85.

Am Dienstag, den 4. November d. J., mittags von 12 Uhr ab, hat jeder Betrieb, der in den Sympathie- oder Solidaritätsstreik eintritt, der Fünfköner-Kommission durch Boten Meldung über die Zahl der Streikenden zu erstatten.

Der von den Arbeitgebern mit außerordentlichem Aufwande an Briefen, Karten, Flugdrucken, Broschüren und durch die Presse injizierte Versuch, die Front der streikenden Metallarbeiter zu zerbrechen, ist gänzlich mißglückt. Die Kollegen sämtlicher Berliner Werke haben entrümpelt die Zusatzen, ehren streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen, zurückgewiesen. In tausenden von Exemplaren werden aus die Zusatzen der Unternehmer in Form von Briefen und Karten zur Verfügung gestellt. Eine Ausnahme ist allein im Siemens-Konzern zu verzeichnen. Hier sind von etwa 35 000 Beschäftigten in zwölf Werken etwa 1500 Arbeiter dem Ruf der Firma gefolgt. Wie wir feststellen konnten, waren diese Kollegen durch die Benachrichtigung der Firma vielfach in der irtümlichen Auffassung, der Streik sei beendet. Es loben, nachdem die zur Arbeit erschienenen von den Streikposten aufgeklärt worden sind, viele derselben die Arbeit wieder eingestellt und sich in ihren Streiklokalen gemeldet. In diesem Hinblick hat besonders eine durch die Siemens-Werke verteilte, 63 Seiten starke Broschüre: „Ruf der Arbeit, aufgewacht!“ beigetragen.

Kollegen, die Ihr die Arbeit wieder aufgenommen habt, erkennt Euren Irrtum. Die Unternehmung der Berliner Metallarbeiter ist Euch gewiß. Während tausende Berliner Metallarbeiter für Euch in den Streik treten, dürft Ihr nicht zum Vertreter an Eurer eigenen Sache werden. Meidet Euch sofort wieder in Euren Streiklokalen.

Achtung! Sitzung der Fünfköner-Kommission, des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission und der Parteivertretungen Dienstag, den 4. November, vormittags 10 Uhr im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstraße 83/85.

Die Fünfköner-Kommission. Das Metall-Partei.

Zu dem Bericht vom Sonntag über die unter dem Vorh. des Reichswirtschaftsministeriums stattgehabte Besprechung der politischen Parteien mit den Metallindustriellen ist nachzutragen, daß auch die Berliner Gewerkschaftskommission durch ihren Vorsitzenden, Alwin Köster, vertreten war.

Die Fünfköner-Kommission. Das Metall-Partei.

Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Western vormittags fand in der Brauerei, Fiedrichstraße, die Fortsetzung der am Sonntag verlagten Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter statt. Nach überaus lebhafter Debatte, in der sich alle Redner ausnahmslos gegen die von den Metallindustriellen gemachten Vorschläge zur Wiederaufnahme der Arbeit wandten, lehnten es die Funktionäre einstimmig ab, den Metallarbeitern unter diesen Umständen die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Nach mehrstündiger Debatte nahm die Generalversammlung mit ca. 4000 gegen 17 Stimmen die in der gestrigen Abendausgabe bereits veröffentlichte Resolution an.

Danach hat die Generalversammlung in einmütiger Willensäußerung die Streikleitung beauftragt, alle noch in Arbeit stehenden Berliner Metallarbeiter sofort zum Sympathiestreik aufzurufen. Darüber hinaus ist die Streikleitung verpflichtet worden, falls die Unternehmer nicht innerhalb 48 Stunden die Forderungen der Arbeiter angenommen haben, die politische Parteien zur Verherrlichung des Generalstreiks für Groß-Berlin aufzufordern.

In der Generalversammlung ereignete sich in der Folge ein Zwischenfall, der nicht unerwähnt bleiben darf. Der Vorsitzende des S. P. D. Parteivorstandes, Ernst Brödel, ist in der Generalversammlung und fand auch Einlaß. Von einigen Generalversammlungsbesuchern wurde die Behauptung aufgestellt, Brödel sei nicht Mitglied der Generalversammlung. Eine vorgenommene Prüfung der Eintrittsberechtigung ergab, daß Brödel wohl im Besitz einer unrichtig ausgestellten Legitimation war, da die Vertrauensleute des Bezirks, dem Brödel als Funktionär angehört, eine Wahl der Person Brödel nicht vorgenommen haben. Brödel war also nicht berechtigt, die Generalversammlung zu besuchen.

Nach Erledigung dieses Zwischenfalls beschäftigte sich die Generalversammlung mit der in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 3. November veröffentlichten Erklärung des Mitgliedes des S. P. D. Parteivorstandes Hermann Kollensbühner. Da Kollensbühner die im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärungen abgegeben zu haben, wurden zur völligen Klarstellung des Sachverhalts die an den Verhandlungen beteiligten Personen gebeten, in der Generalversammlung zu erscheinen. Kollensbühner die in der Erklärung Kollensbühners niedergelegte Behauptung, daß er den Kollegen die Annahme dieses Vorschlages empfohlen werde, als Lüge und Verleumdung. Nachdem die Verhandlungsteilnehmer erschienen, erklärte Kollensbühner, ihm sei noch nie in seinem Leben der Vorwurf der Verleumdung gemacht worden. Er könne sich diesen Vorwurf nicht machen lassen; die Erklärung im „Vorwärts“ sei die möglichst genaue Wiedergabe der Sonnabend-Verhandlungen, wie sie seiner Auffassung entspräche. Er sei der Meinung, daß die Metallarbeiter erst die Maßnahmen abwarten müßten, um dann natürlich gegen dieselben Stellung zu nehmen. Wenn die Arbeitgeber die Arbeitseinstellung maßregeln wollten, so sei das ja eine Gewerbeverletzung. Die formell Entlassenen hätten jedoch nach den gesetzlichen Bestimmungen kein Recht mehr. Darum könnten die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter gar nicht bewilligen. Die Arbeiter müßten sich an die Nationalversammlung wenden, damit die gesetzlichen Bestimmungen gebüßert würden.

Muß Besorgnisse demgegenüber, ihm seien vom Vorsitzenden der Verhandlungen, dem Herrn Reichswirtschaftsminister Schmidt, die Vorschläge der Unternehmer über die Wiederaufnahme der Arbeit unterbreitet worden mit dem Bemerkten, sich zu äußern. Er habe eine Äußerung über die Vorschläge abgelehnt, da er nicht in der Lage sei, noch einmaligen Vorlesung die Tragweite des Vorschlages sofort erkennen zu können. Eine unterchristliche Anerkennung des Vorschlages habe er abgelehnt. Daranhin sei von dem Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustriellen, Herrn von Vorh. ebenfalls die Unterschrift verweigert worden. Auf die Frage, ob er bereit sei, diese Vorschläge der Generalversammlung zu empfehlen, habe er erklärt, er könne nur die Vorschläge der Generalversammlung unterbreiten. Nachdem Kollensbühner sich auch jetzt wieder schweigend vor das Kapital stelle, indem er erkläre, man solle sich an die Nationalversammlung wenden, die Unternehmer seien nicht in der Lage, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, brauche man sich über die Erklärung im „Vorwärts“ nicht mehr wundern. Die Unternehmer brauchen die ausgesprochenen Entlassungen nur zurückzunehmen, dann sei der Streik als erledigt zu betrachten. Von der Nationalversammlung hätten die Berliner Metallarbeiter nichts zu erwarten. Gewadegu muß sei es, wenn Kollensbühner erkläre, die Unternehmer würden sich einer Gewerbeverletzung schuldig machen. Er frage die Generalversammlung, seit wann die Unternehmer vor Gewerbeverletzungen

Arbeiter- und Betriebsräte! Arbeiter- und Angestelltenausschüsse aller Industriegruppen Groß-Berlins!

Dienstag, den 4. November, abends 5 Uhr findet in den Kammerkäten, Teltower Straße eine

Große Versammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Kampf in der Metallindustrie. Unbedingtes Erscheinen jedes einzelnen notwendig! **Vollzugsrat Groß-Berlin** gez. Rich. Müller. gez. Heinen.

zurückgeschickt seien, wenn es gelte, ihr Ziel zu erreichen. Da kein ja selbst die Behörden vor Gewerbeverletzungen zum Schutze des Kapitals nicht zurückgeschickt; die Regierung habe sich gleichfalls durch die ausgesprochenen Versammlungsvorbereiter, durch das Auseinandergehen der Versammlungen der Streikenden mit Maschinenwerkzeugen Gewerbeverletzungen schuldig gemacht. Er könne das Verhalten der S. P. D. nur als eine Sabotage unseres Streiks bezeichnen.

Der nächste Redner, Prolat, erklärte, Kollens hätte die bewusste Äußerung tatsächlich nicht in Gegenwart der Unternehmer getan. Das habe Kollensbühner in seiner Erklärung im „Vorwärts“ auch gar nicht gesagt. Er habe vielmehr sagen wollen, Kollens habe diese Äußerung im intimen Rat der Verhandlungskommission getan.

Der Vorsitzende der Berliner Parteileitung der S. P. D., Abgeordneter Brühl, erklärte, es sei zwar jetzt noch nicht an der Zeit, abzurechnen, immerhin müsse aber im Interesse der Wahrheit folgendes festgestellt werden: In der 1. Konferenz der Fünfköner-Kommission mit den Parteivertretern habe die S. P. D. schon erklärt, der Streikfall sei noch zu überbrücken, man könne darum den von der Fünfköner-Kommission gewünschten Aufruf noch nicht veröffentlichten. An der Redaktion dieses Aufrufes seien Mitglieder der S. P. D. beteiligt und damit einverstanden gewesen. Die Partei sollte bis Sonnabend mittags um 1 Uhr erklären, ob sie diesen Aufruf unterzeichne. Am Sonnabend mittags lehnten die Vertreter der S. P. D. die Anerkennung des Aufrufs ab und erklärten, der Aufruf enthalte die Aufforderung zum Generalstreik. Darum sei derselbe nicht annehmbar. Man müsse erst die Verhandlungen abwarten. Als wir fragten, ob der Aufruf unterzeichnet würde, wenn die Verhandlungen gescheitert seien, erklärte Kollensbühner, dann müsse erst eine Sitzung des Parteivorstandes zu dem Aufruf Stellung nehmen. Der Generalstreik dürfe nicht erklärt werden, wenn die Vereinbarungen des Moskauer Protokolls erfüllt seien, d. h. mit Zustimmung der Generalversammlung. Nach dem Münchener Kongress ist jedoch das Einverständnis der Generalkommission nicht mehr nötig. Man muß darum annehmen, daß nur eine Vorbesprechung notwendig ist. Im übrigen könne er feststellen, daß Kollens die von dem Kollensbühner in den Mund gelegte Äußerung tatsächlich nicht getan habe, vielmehr habe Kollens erklärt, er werde der Generalversammlung den Vorschlag der Unternehmer unterbreiten.

Dieselben Feststellungen machte Kollege Joseph vom Gewerbeverein S. P. D. Kollensbühner war nicht in der Lage, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften zu können.

Ein Geschäftsordnungsantrag verlangte die Vertagung der Generalversammlung. Da der Kollege Loß jedoch in den Hauptvortrag gewählt worden ist, machte sich die Annahme eines Geschäftsordnungsantrages nicht notwendig. Vorgeschlagen wurden die Kollegen Tirpitz, Jiska, Müller, Wecken, Ulrich, Müll. Die 500 Stimmen wurde die Kandidatur Jiska unterstützt und Jiska einstimmig gewählt. Mit einigen Worten des Dankes an den ausscheidenden Kollegen Loß und mit einer Erklärung desselben, daß er auch im Hauptvortrag tätig sein wird für die Interessen der Berliner Metallarbeiter, wurde die vollbesetzte Versammlung geschlossen.

Ankündigungen.

- Siemens-Schudert, Autowerk. Mittwoch vorm. 11 Uhr Betriebsversammlung im Streiklokal.
- W. u. Samel. Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung.
- Maschinenfabrik Oberschöneweide. Mittwoch 12 Uhr Betriebsversammlung Schulaua Friesenstraße.
- Firma Freund. Mittwoch vorm. 10 Uhr Betriebsversammlung Volkshaus, Köpenickerstr. 4.
- S. Mehlh. u. W. Dienstag vorm. 10 Uhr Betriebsversammlung Sophienstraße.
- Landier, Kaler usw. Die Versammlung der Ausgesperrten und Streikenden findet heute nachm. 2 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 7c. statt.
- Maschinen und Geiger. Dienstag mittags 12 Uhr Versammlung aller streikenden Maschinen- und Geiger im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Großer Saal. Die Vertrauensleute und Funktionäre müssen bereits um 11 Uhr anwesend sein. Die Streikleitung.
- Öram-Werke. Dienstag von 10-2 Uhr Auszahlung der Nr. 1-2000, Mittwoch von 10-2 Uhr 2001-7000. Dienstag, 2 Uhr, Vertrauensmännerkonferenz, um 4 Uhr Facharbeiterversammlung bei Schoner, Alt-Stralau.
- Deimler. Mittwoch bei Brumm Quittungen unterschreiben: Nr. 1-400 von 12-1 Uhr, Nr. 401-800 von 1-2 Uhr, über 800 von 3-4 Uhr.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5, Transport- und Lagerarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie. Donnerstag nachmittags 8 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 14/15. Versammlung aller streikenden Trans-

portarbeiter. I. Bericht über den bisherigen Verlauf des Streiks und Stellungnahme zum Schiedspruch über die Eingruppierung in die Lohnklassen. 2. Diskussion. Vollständiges Ergreifen aller Streikenden ist dringend notwendig. Einlaß wird nur gegen Vorzeigung der Streikkarte und Mitgliedsausweis gestattet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5, Transport- und Lagerarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie. Heute nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15, Saal 1; Allgemeines Vertrauensmännerkonferenz. Situationsbericht zum Streik in der Berliner Metallindustrie. Vollständiges Ergreifen aller Funktionäre dringend notwendig.

A. Randsman, r. Betriebsversammlung Dienstag früh 8 Uhr im Lokal von Prafer, Michaelisstr. 23. U. u. Graev. Die Betriebsversammlung findet heute, Dienstag, 1 Uhr, im bekannten Lokale statt. Donnerstag Quittungen unterschreiben, Freitag ab 11 1/2 Uhr Geld gegen Legitimation, Kassenwert u. Meyer, Tempelhof. Dienstag von 11-2 Uhr Auszahlung des Streikgeldes im Lokal von Müller, Germaniastraße 151.

Albatros, Johannisthal. Mittwoch früh 9 Uhr sämtliche Kollegen Stempelkarten bezugslos nachzahlung abliefern. Knorr-Bremse und angeschlossene Betriebe. Heute, Dienstag, 1/2 10 Uhr, Betriebsversammlung, Brauerei, Fiedrichstr. 2-3. U. u. G. G., Glühlampenfabrik. Heute, Dienstag, vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung im „Stadttheater Koabit“. Abends 7-8.

U. u. G. G., Betriebe Hennigsdorf. Mittwoch vormittags 9 1/2 Uhr, in den Pharusien, Berlin. Müllerstraße, Streikerversammlung. Sämtliche Vertrauensleute und Funktionäre treffen sich zwecks Beratung eine Stunde früher im Lokal derselbst.

Fertigungs, Tempelhof. Dienstag 2 Uhr nachmittags: Untere Quittungen, Kontrollkarten mit 18 Stempel abgeben. Mittwoch nachmittags 2 Uhr: Betriebsversammlung, anschließend Auszahlung der Unterstützung im bekannten Lokal.

O. B. G. G., Vildenberg. Dienstag nachm. 1 Uhr in der Turnhalle (Wärmerheimestraße): Betriebsversammlung. Unterschreiben der Quittungen und Stempelkarten zur Extraintersubstanz abgeben. Funktionäre um 12 Uhr bei Modauer.

Dynamowerk der Siemens-Schudert-Werke. Dienstag vorm. 8 1/2 Uhr Betriebsversammlung im Stadtpark, Jungfernstee. Jeder Kollege, jede Kollegin muß erscheinen. Wichtige Tagesordnung. Bergmann, Rosenthal. Dienstag vormittags 10 Uhr Betriebsversammlung aller Streikenden in den Dübenerwäldchen, Schönholz. Erscheinen aller ist Pflicht. Vertrauensleute treffen sich um 8 Uhr im Streiklokal. Die Streikleitung.

Daimler, Mariensfelde. Dienstag vormittags pünktlich 10 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre und Betriebsräte des Trumm, Reichardt, Ede Genesstraße.

U. u. G. G. Turbine. Auszahlung der Streikunterstützung Dienstag von 9-2 Uhr Nr. 1-500. Mittwoch von 9-2 Uhr Nr. 501 bis 800.

Norddeutsche Rührerfabrik. Mittwoch 2 Uhr im Streiklokal eine Betriebsversammlung.

Elektronenwerk. Dienstag, den 4. 11., vormittags 10 Uhr, im Garde-Rosino, Sophienstr. 34, Vertrauensmännerkonferenz. Zur Regelung der allgemeinen Monteurfragen treffen sich die Mitglieder der Verhandlungskommission heute abend 8 Uhr bei Siemens, Sopsienstr. 6.

Akkumulatoren-Abteilung, Hannoverische Straße. Mittwoch mittags 12 Uhr, Betriebsversammlung im Streiklokal. U. u. G. G. Eisenarbeiter! Heute nachmittags 5 Uhr, Vertrauensmännerkonferenz im Dresden Garden, Dresdener Straße 45.

Siemens-Konzern! Sämtliche Funktionäre, Vertrauensleute, U. u. G. G. und Betriebsräte haben heute abend, 8 Uhr, bei Feibel, Kolberger Straße 23, eine gemeinsame Konferenz. Reich u. Samel! Dienstag und Freitag in Stempelstelle 47a Stempel. Telefonat! Auszahlung der Extraintersubstanz Mittwoch vormittags 10 Uhr, National-Diele.

Der Kampf um Petersburg.

Nach den letzten Meldungen aus Helsingfors haben sich die Truppen des Generals von Judenitsch weiter zurückgezogen und in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag Gatschina geräumt. Das Bombardement des Forts Krasnaja Gorka wird von den englischen Schiffen fortgesetzt, die Besatzung hat jedoch aus Petersburg bedeutende Verstärkungen und große Munitionsmengen erhalten. Die Belagerer rechnen nicht mit einer baldigen Kapitulation.

Nach einer Meldung aus London stehen die Engländer dem Unternehmen des Generals Judenitsch sehr skeptisch gegenüber. G. H. Hill, der englische Kriegsminister, bezeichnete die Lage der Nordwestarmee als außerst kritisch und sagte, daß die Offensive gegen Petersburg als gescheitert betrachtet werden müsse. General Judenitsch könne unter Umständen zum Rückzug in das große Sumppgebiet südwestlich von Gatschina gezwungen werden, wodurch die Gefahr entstehe, daß die ganze Nordwestarmee im Karast verkommen werde.

Inzwischen steht England die Vorbereitung der Finnen systematisch fort. Die Regierung, an dem Kampf gegen Petersburg teilzunehmen, gewinnt in Finnland die Oberhand. Der General Rannheim hat an den finnischen Präsidenten Ståhlberg einen offenen Brief gerichtet und darin zum Ausdruck gebracht, daß die Stunde gekommen sei, Petersburg zu nehmen, um die Mächterherrschaft zu stürzen. Die militärischen Vorbereitungen Finnlands am Kampfe gegen Petersburg sollen bereits begonnen haben. Transportzüge mit Truppen und Kriegsmaterial sollen fortgesetzt zur Grenze.

Denkmal soll nach einer Äußerung des englischen Kriegsministers zur Zeit nicht mehr von England unterstützt werden. Die Nachricht, daß in der Ukraine ein Aufstand gegen die Besatzungsmacht Deutschlands ausgebrochen sei, wird auch von englischer Seite bestätigt. Die Rote Armee soll im Vormarsch auf Cherson sein.

Ein Erinnerungsblatt zum 9. November.

Die neue Nummer 25 des „Freien Woll“ ist dem 9. November, dem Tage der deutschen Revolution gewidmet. Willy Jaekel, der keine Künstler, hat ein herrliches Bild geschaffen. Auf den Rücken der erschlagenen Kämpfer, auf zertrümmertem und zerwühltem Boden liegt ein Puletarier. Schmerzdruckvoll das Gesicht, aber durchleuchtet von Zukunftslust, die Sturmschauer der Revolution in der Hand, so geht sein Bild hinaus, sieghaft und selbstverleidend. Alle Niederlagen, alle Leiden und Schmerzen des kämpfenden Proletariats, aber auch aller unerschütterlichen Glaube sind in dieser Gestalt ausgedrückt. — Weiter bringt die Nummer Bilder der ersten Revolutionsstage, Porträts von Eisen und Liebknecht und eine in ihrer schematischen Einfachheit erschütternde Zeichnung von Karl Liebknecht. Das „Wogatha der Revolution“. Wie eine heißende Fronte tritt die Bekanntmachung Anhängens vom 7. November, die die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten verbietet. So bildet das ganze Heft, das auch noch einen klassischen Aufsatz von Friedrich Engels über „Würgerliche und proletarische Revolution“ enthält, ein geistig und künstlerisch gleichwertiges anregendes Erinnerungsblatt an den Tagbruch der deutschen Revolution.

Frauentoulerenz in Zeltow-Beestow.

Unter starker Beteiligung aus allen Orten tagte am Sonntag, den 2. November, vormittags, im Stadthause Neukölln die erste Frauentoulerenz des Kreises Zeltow-Beestow.

In einem großzügig angelegten Referat behandelte Gen. B. u. m. die Tagesordnung der Frauentoulerenz in Leipzig. In der Frage der Erwerbsarbeit der Frauen vertrat die Referentin den Standpunkt, daß es durchaus reaktionäre und antisozialistische sei, zu verlangen, die Frauen sollten jetzt aus den Betrieben heraus und den Männern Platz machen.

Die hierauf einschließende Diskussion verlief sehr angereg. Gen. Bloch-Friedenau trat für die politische Aufklärung der Arbeiterinnen in Betriebsversammlungen ein.

Ein Antrag der Genossin Hornisch, drei Genossinnen zur Frauentoulerenz nach Leipzig zu delegieren, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Gewerkschaftliches.

Die Zuschneider für den Streik.

Nachdem in der letzten Versammlung der im Schneiderverband organisierten Zuschneider das Angebot der Arbeitgeber von 150 M. Wochenlohn angenommen worden war, beschloß am letzten Sonntag die im Angestellten- oder Arbeitnehmersverband Organisierten, auf der Forderung von 168 M. und einer Mietzuschußbeihilfe von 600 bzw. 500 M. stehen zu bleiben.

Eine stark besuchte Versammlung nahm nun gestern abend Stellung zu dieser Angelegenheit. Es lagen zwei Resolutionen vor; von jenen des Schneiderverbandes wurde vorgeschlagen, sich nicht dem durch den Angestelltenverband veranfaßten Streik anzuschließen.

Von der Gegenseite wurde jedoch durch Schiffner die Entschiedenheit eingebracht, sich den Forderungen des Angestelltenverbandes anzuschließen und sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären.

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Mühen.

Ein Kredittier klimax zu einer Idylle. Jimmie griff entsetzt nach der Hand seiner verzweifeltsten Frau. „Das ist ja alles Unsinn! Was hat man dir erzählt. Ich habe nichts Böses getan, Pizzie, habe sie bloß ein einziges Mal am Abend beimbegleitet.“

Pizzie entgegnete, ein Abend genüge; — das wußte sie aus eigener abhüchlicher Erfahrung. „Ich kenne diese Frauenzimmer, die sich das Haar brennen. Was braucht sie abends mit verheirateten Männern herumzustreifen. Und was für Dinge sie bespricht!“

„Sie meint es gut, Pizzie, will den Arbeiterfrauen helfen. Diese Geburtenkontrolle... sie möchte die Frauen belehren...“

„Wenn sie die Frauen belehren will, warum spricht sie nicht mit ihnen? Warum redet sie immer mit den Männern? Du kannst mir nichts einreden — mir, die ich einmal das gewesen bin, was ich war.“ Und Pizzie brach von neuem in verzweifelte Schlägen aus.

VI.

Jimmie entdeckte, es sei mit der Romantik wie mit dem Märtyrertum; es gebe da eine Menge Schwierigkeiten, die von den Schriftstellern unerwähnt blieben. Ihm war furchtbar zumute, denn er hegte große Verehrung für die Mutter seiner Kinder und wollte ihr um nichts in der Welt weh tun.

Alle Erinnerungen stürmten auf ihn ein. Er betrat in Gedanken mit einer Egar wärmender Freunde das Freudenhaus, in dem er Elisabeth Quisar zum ersten Male traf. Sie hatte ihn in ihr Zimmer geführt, anstatt jedoch zuvorkommend und zärtlich zu sein, war sie plötzlich in Tränen ausgebrochen.

Der Verlauf der Diskussion gestaltete sich wieder zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem Schneider- und dem Angestelltenverband. Von Seiten Schaffmachers wurde erklärt, mit dem Angestelltenverband nicht zu verhandeln.

In geheimer Abstimmung wurde die Resolution Schiffner mit 181 gegen 85 Stimmen angenommen. Da die Zweidrittelmehrheit für den Streik nicht erreicht ist, wird sich heute abend die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes mit der Angelegenheit beschäftigen.

Achtung! Bau- und Steinindustrie!

Die für Dienstag, 4. November, angeordnete Sitzung findet nicht statt. Weiteres wird später bekannt gemacht. Der Vollzugsrat.

Streikbrecher werden gesucht!

Wahre Hungerlöhne zahlt die Brennholzhandlung von Max Dogel, Inhaber Julius Steinhauer, Rungelstr. 5 und Köpenicker Str. 90 ihren Arbeiterinnen und Arbeiter. Während die tariflichen Löhne der Arbeiter 2,90 M. pro Stunde, der Lohn der Frauen 2,45 M. pro Stunde und der der Arbeiter 1,44 M. pro Woche beträgt, werden hier 1 M. pro Stunde, den Arbeiterinnen 75 M. pro Woche gezahlt.

Die Organisation hat den Schlichtungsausschuß angerufen und über die Brennholzhandlung Max Dogel, Inhaber Julius Steinhauer, Rungelstr. 5 und Köpenicker Str. 90, die Sperte verhängt, um die Hungerlöhne endgültig auszurotten.

Regelung der Unterstufungsgefühle von Angestellten.

Die Streikunterstützungskommission des Vollzugsrats Groß-Berlin hat in ihrer letzten Sitzung die vorliegenden Unterstufungsanträge, aus Anlaß des Kampfes um das Mietbestimmungsrecht der Angestellten im April, nach folgenden Grundsätzen erledigt:

Es sollen erhalten, die als berechtigt anerkannten Gehälter der Angestellten mit einem Monatsinkommen bis 150 M. 80 Proz. ihres Lohnausfalles, von 151 M. bis 200 M. 75 Proz. ihres Lohnausfalles, von 201 M. bis 300 M. 70 Proz. ihres Lohnausfalles, von 301 M. bis 400 M. 60 Proz. ihres Lohnausfalles, zuzüglich 5 M. für jedes nicht erwerbsfähige Kind mit der Wohnge, daß auf die auszuscheidenden Beträge die etwa gezeigte Streikunterstützung seitens der beteiligten Organisationen in Anrechnung gebracht wird.

Die nächste Sitzung findet am 16. November statt, um zu etwa noch eingehenden Gesuchen Stellung zu nehmen. Unterstufung können nur diejenigen erhalten, deren Berechtigung und Notlage nach erfolgter Prüfung anerkannt ist. J. Heinen, Ad. Müller.

Postausbesserer und Postausbesserinnen im mittleren Beamtendienst.

Die im Oktober gekündigten bzw. bereits entlassenen Ausbesserer werden ersucht, sich unverzüglich im Ortsbüro des Gewerkschaftsverbandes der Angestellten, Postgruppe I b, Belle-Alliance-Str. 7-10, angemeldet. Die Organisation will alle in der letzten Zeit ausgesprochenen Kündigungen und Entlassungen nachprüfen und gegebenenfalls weitere Schritte veranlassen.

Die Königsberger Tageszeitungen mit Ausnahme der „Vollzeitung“ geben bekannt, daß infolge Auslandes der Buchdruckerhilfen die Zeitungen bis auf Weiteres nicht erscheinen.

A. W. Süb, Svandau, Die Meisterhilfen, Arbeiter, Vorarbeiter und Firmitäter treffen sich am Dienstag abend 8 Uhr bei Reckenburg, Nordstraße. Bericht der Verhandlungskommission, Betrifft: Nachzahlungen.

Groß-Berlin.

Zur Einstellung des Personenverkehrs.

Von der Eisenbahndirektion Berlin wird folgendes mitgeteilt: Die über die Einstellung des Personenverkehrs durch die Preße gehenden Nachrichten haben Zweifel darüber aufkommen lassen, ob und inwiefern auch der Berliner Nahverkehr von dieser Einstellung in Mitleidenchaft gezogen werden wird.

Warnung vor Wohnungsflüchtigungen.

Trotz der allbekannten außerordentlichen Wohnungsnot müßte gen in zahlreichen Fällen in völliger Verkennung der Lage des Wohnungsmarktes die Mieter selbst ihren Mietvertrag und bringen sich so selbst in die Gefahr, bei Ablauf des Mietvertrages wohnungslos zu sein.

Nach erfolgter eigener Kündigung seitens der Mieter sind die Mietverträge nicht in der Lage, besitz einzugreifen und die Kündigung etwa wieder rückgängig zu machen.

Wenn auch das Verlangen nach einem Wohnungswechsel hier und da begründet sein mag, so muß dieses doch unter den gegenwärtigen Umständen zurückgestellt werden. Denn besser noch eine unpassende aber gar schlechte Wohnung als keine!

Kasernen für Wohnzweck.

Auf eine Anfrage des Ministers für Volkswirtschaft hat die Reichswehr-Befehlshaberstelle jetzt mitgeteilt, daß die für Zweckzweck nicht mehr erforderlichen Kasernen in erster Linie den Gemeinden zur Linderung der Wohnungsnot in weitest möglicher Weise überlassen werden sollen.

Erleichterungen in der Baustoffverteilung.

Wie das Ministerium für Volkswirtschaft mitteilt, ist jetzt eine Neuordnung der Baustoffverteilung vorgenommen worden. Zur Beschleunigung des Verkehrs wird künftig durch die unteren Verwaltungsbereiche (Land- und Stadtkreise, Bezirke, Gemeinden usw.) bereits eine Vorprüfung aller, auch der nicht mit öffentlichen Zuschüssen beteiligten Bauanträge bezüglich der Notwendigkeit vorgenommen. Diese Prüfung soll insoweit möglich, auch auf die Menge und Auswahl der gewählten Baustoffe erstrecken.

Die Bauanträge, deren dringende Notwendigkeit anerkannt ist, werden an die zuständigen Baustoffverteilungsgesellschaften weitergeleitet, zugleich mit einer Liste sämtlicher beteiligten Bauten in der Reihenfolge der ihnen beizugegebenden Dringlichkeit. Das

„Was soll ich denn tun?“ „Kümmere dich nicht mehr um sie. Sie wird schon verfliegen.“

VII.

Doch kann man eine tote Idylle nicht auf der Landstraße verfaulen lassen, sondern muß ihr ein anständiges Begräbnis gewähren. Trotz feierlichster Versprechen dachte Jimmie unentwegt an die Genossin Baskerville und an sein Verhalten bei der nächsten Begegnung und an all die schönen Worte, die er zu ihr sprechen würde. Er muß sie allein leben. Derartige Dinge können nicht vor den eifersüchtigen alten Hegen der Ortsgruppe gesagt werden.

In Gedanken hielt Jimmie ihre Hände fest und wiederholte die rührenden Worte: „Immer, immer!“ Er wußte, er müsse die Hände loslassen, doch fiel ihm dies schwer; er hielt sie noch fest, als er in der Jeffersonstraße vor sich eine schmale kleine Gestalt erblickte, die einen Hut mit einer Fahnenfeder auf dem Kopf, munter dahintrippelte.

Sie erblickte ihn, ein herzliches Lächeln erschien auf ihrem Gesicht. Ihre Hände begegneten einander. „Ich freue mich, Sie zu sehen!“ rief sie. Jimmie schluckte etliche Male: „Genossin Baskerville...“ Er schluckte abermals: „Genossin Baskerville...“ Sie fiel ihm ins Wort: „Ich bin nicht Genossin Baskerville.“

Er begriff den Sinn ihrer Worte nicht: „Wie? Was?“ „Haben Sie's noch nicht gehört?“ — Sie wandte ihm ein strahlendes Gesicht zu. „Ich bin die Genossin Frau Gerritt.“

Er starrte sie völlig verwirrt an, und sie fuhr fort: „Seit vierundzwanzig Stunden. Gratulieren Sie mir!“ (Fortsetzung folgt.)

„Vorn nicht leben, außerdem ließen ihr, weil sie groß und hübsch war, die Arbeiter keine Ruhe. Und worin lag der Unterschied, wenn man doch immer mit den Männern zu tun hatte?“

Sie saßen plaudernd auf dem Bett. Jimmie erzählte von seinem Leben, sie von dem ihren — eine klägliche, ergreifende Geschichte. Sie war als kleines Kind nach Amerika gekommen, der Vater hatte bei einem Unfall den Tod gefunden; die Mutter hatte sie und etliche Geschwister als Säuglinge erhalten. Pizzie war in einem Stummen-Asyl in New-York aufgewachsen; sie vermochte sich nicht einer Zeit zu erinnern, da sie fernweil nicht ausgebeutet worden wäre. Verdorbene Knaben zwangen sie zu schänden Spielen und Männer kauften sie für Kokain und Nahrungsmittel. Dennoch lebte etwas in ihr, das nach Anständigkeit strebte; sie hatte aus eigenem Willen trotz ihrer zerfetzten Kleidung die Schule besucht und war mit dreizehn Jahren als Kindermädchen in den Dienst getreten. Diese letzte traurige Episode machte auf Jimmie einen besonderen Eindruck. Sie kam zu „borschemen“ Leuten, in eine Wohnung mit Lift und Portier; noch nie hatte Pizzie so prächtige Räume gesehen. Sie vermeinte im Himmel zu sein und bemühte sich redlich, die schöne Herrin und das reizende Baby gut zu bedienen. Nach zwei Tagen jedoch entdeckte die Dame bei dem Baby Ungeziefer und bestand darauf, Pizziess Haar zu untersuchen, in dem sie natürlich auch etwas fand. „Das sind bloß Läuse“ — sagte Pizzie, die nie jemanden gefannt hatte, der keine Läuse gehabt hätte.

Die schöne Dame aber wollte sie ein „gemeines Geschöpf“ und jagte sie aus dem Hause. Erst als Pizzie Anlaßin des Bordells wurde, lehrte man sie, die Läuse zu vertreiben, ihre Fingernägel reinzuhalten und auf körperliche Sauberkeit zu achten.

Jimmie entmann sich all dieses; er fiel vor seiner Frau auf die Knie, sagte ihre beiden Hände und schloß, er habe nichts Unrechtes getan. Dann beichtete er ihr, wie weit er gekommen und dies war die beste Art, sie zu beruhigen. Er gelobte immer wieder, sich nie wieder mit Amor einzulassen, sofort zur Genossin Baskerville zu gehen und ihr zu sagen, daß es aus sei.

Pizzie blickte mit tränenüberfüllten Augen zu ihm auf. „Nein, du brauchst nicht zu ihr zu gehen.“

